

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg. Techn. Zeitung Witzblatt „ULK“

Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 130, Potsdamer Strasse 53, Rathenower Strasse 2, Köpenicker Strasse 70, Eisenbahn Strasse 45, Schulstrasse 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 41, Wisner Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59, Charlottenburg, Kaiserdamm 90, Kastanienstr. 46, Nürnberger Str. 20-26, Eichenstrasse 20, Tammstrasse 2, Oppenick, Schönewald, 1, Pflanzeng. Rosenstrasse 11, Hallesches-Uferweid. (Berlinerinsel), Lichtenberg, Frankfurter Allee 51, Lichtenberg-Weid. Carier 1-2, Nauckstr. Berlin Str. 41, Bergmannstr. 50-54, Kaiser-Friedrich-Str. 547, N. Bredowstrasse, Brückensstrasse 28, Frankow, Bornholmer Str. 1, Schönewaldstr. Breite Str. 5, Schönberg, Hauptstr. 20-24, Berlin-Lichter Str. 7, Gropius Str. 47, Gropius, Schönewald-Str. 2, Tegel, Berliner Str. 12, Tempelhof, Berlin Str. 147, Tempelhof, Kränzel 7, Weissenhof, Berliner Allee 57 (Königsplatz 1), Weissenhof, Katernberg 11, Ullander Str. Brandenburger Hauptstr. 4, Bismarck-Schwandlitzer Str. 5, Frankfurt a. O., Regenerstrasse 4, Potsdam, Brandenburger Str. 51, Stadtk. Köpenicker Str. 1

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Feiertage und Montage einmal. Abonnementspreis vierteljährlich zweimaliger Zustellung durch die Boten... Preis für kleine Anzeigen... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Regierungsnot in Bayern - Amerika freut sich Wie lange noch Bahn mit Leuchtgas?

Der Warschauer Weltfriedenskongress

Seit im Jahre 1889 der erste Weltfriedenskongress zu Paris stattfand, hatten die Pazifisten aller Länder noch niemals in einer Stadt Osteuropas getagt. Es war daher von symbolischer Bedeutung, dass dieses Jahr der 26. Weltfriedenskongress in Warschau stattfand. Im Osten bedroht eine Fülle von Konflikten den Frieden Europas, denen man die größte Aufmerksamkeit schenken muss.

Der Weltfriedenskongress hat sich jedoch, obwohl er den möglichst baldigen Abschluss eines gerechten Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen forderte und obwohl er auf eine Beschleunigung der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen drang, in der Hauptsache nicht mit den grossen Fragen der aktuellen Politik Osteuropas befasst. Insbesondere wurde das Problem des Korridors auf der Konferenz nicht diskutiert. Wie Professor Quide in seiner Begrüssungsansprache zutreffend betonte, ist es das beste, gewisse Deutschland und Polen trennende Fragen zunächst einmal bei Seite zu lassen.

Dagegen war die mündliche Aussprache zwischen den sehr zahlreich erschienenen Deutschen und den polnischen Gastgebern von hervorragendem Wert für die Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Polnischerseits wurde durch eine nicht zu überbietende Gastfreundschaft alles Mögliche getan, um die deutschen Delegierten mit führenden Vertretern Polens in Berührung zu bringen. Die Beziehungen, die dadurch angebahnt wurden, werden über die Zeit des Kongresses hinaus ihre Wirkung ausüben.

Im einzelnen ergaben die Verhandlungen des Kongresses, die von dem früheren polnischen Innenminister Thugutt geleitet wurden, eine Reihe sehr bedeutsamer Beschlüsse. Auf Grund eines Referates von Delaisi, Professor an der Universität Paris, wurde der Meinung Ausdruck verliehen, dass ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den Völkern nur durch Hebung der Kaufkraft der Agrarländer auf dem Wege internationaler Kreditgewährung zustandegebracht werden könne, und dass die Gewährung dieses Kredits auf der nächsten Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes studiert werden müsse. Eine ausschliesslich auf das Interesse eines bestimmten Kontinents gerichtete Wirtschaftspolitik wurde vom Kongress abgelehnt. Der deutsche-Berichterstatler Dr. Richard Lewinsohn (Berlin) richtete die Aufmerksamkeit auf die Gefahren wirtschaftspolitischer, insbesondere handelspolitischer Konflikte, die unter dem Drucke der öffentlichen Meinung den Frieden ernstlich gefährden könnten. Er sprach den Wunsch aus, dass der Völkerbund spätestens drei Monate nach dem Ausbruch eines internationalen Wirtschaftskonfliktes von sich aus die Initiative zu direkten Verhandlungen zwischen den Parteien ergreife. Untersuchungen veranstalte, Sachverständige herbeiziehe und ausserdemfalls ein Schiedsgericht einsetze. Er lenkte weiterhin die Aufmerksamkeit auf das Wiederanwachen der rein privatwirtschaftlichen internationalen Kartelle und Trusts und befürwortete deren Kontrolle in sozialpolitischer und weltwirtschaftlicher Hinsicht durch den Völkerbund. In zwei Resolutionen wurden die Leitsätze des Referates Lewinsohns zusammengefasst und vom Kongress einstimmig angenommen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in China trat der belgische Senator La Fontaine dafür ein, dass der Bürgerkrieg genau so als Verbrechen betrachtet werde wie der zwischenstaatliche Krieg. Die Lieferung von Waffen und Munition an Kriegführende soll in dem einen wie dem anderen Falle verboten werden. Ferner wies

Wirrwarr im weiss-blauen Lager

Die bayerische Regierungskoalition zerschlagen - Bittgang zur Sozialdemokratie?

Die Regierungsbildung in Bayern ist seit den letzten Tagen in ein recht kritisches Stadium eingetreten. Nachdem zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund ein endgültiger Bruch eingetreten ist, scheint die Aussicht auf die Wiederkehr des bisherigen reaktionären Regierungsblocks völlig gescheitert zu sein. Bei den Deutschnationalen befürchtet man sogar, dass die Bayerische Volkspartei darauf angewiesen sein werde, sich an die Sozialdemokraten zu wenden, um ihre Unterstützung für die Regierungsbildung zu gewinnen.

Bei der Neuwahl des bayerischen Landtags, die bekanntlich gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 20. Mai stattfand, hatten die Deutschnationalen ganz erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen, während die Bayerische Volkspartei kaum in der Lage war, ihren bisherigen Besitzstand an Mandaten zu halten. Inzwischen haben sich die Beziehungen zwischen den früheren Regierungsparteien so zuspitziert, dass die Wiederkehr der alten Koalition schon aus politischen Gründen in Frage gestellt war. Hinzu kommt noch, dass der nicht reaktionär eingestellte Bauernbund wenig Lust verspürt, an einer Rechtskoalition teilzunehmen, in der die Bauernpartei bestenfalls die Rolle eines unbequemen Anhängels spielen könnte.

Indem der Bauernbund gegen die Bayerische Volkspartei und gegen die Deutschnationalen in eine offene Kampfstellung eingetreten ist, hat er die ganze Regierungstrage ins Rollen gebracht.

Die reaktionären Parteien, die noch kurz vor der Wahl eine stiegerrische Miene zur Schau getragen hatten, stehen der gegenwärtigen Krise völlig hilflos gegenüber. In der vorigen Woche hatten sie sich wiederum an den Bayerischen Bauernbund gewandt, um seine Mitwirkung bei der Bildung einer Regierung zu gewinnen. Als Antwort auf das erneute Liebeswerben der Reaktion stellte der Bauernbund die kategorische Bedingung, man müsse ihm mindestens zwei Ministerplätze in der Regierung einräumen. Man sieht, die Rechtsblockherrschaft in Bayern ist schon so weit erschüttert, dass der Bauernbund es unternehmen kann, den anderen Parteien seine Bedingungen diktieren zu wollen.

In dieser hoffnungslosen Situation sieht sich die Bayerische Volkspartei genötigt, mit den Sozialdemokraten in Fühlung zu kommen. Diese Notwendigkeit wird allerdings von den Führern der weiss-blauen Partei als ein „Camossagang“ schwerster Art empfunden, denn nach den geläufigen Angriffen, die man bisher gegen die Linke gerichtet hatte, kann man sich kaum darauf aufschwingen, den vielgeschmähten „Marxisten“ die Hand zur Verständigung zu reichen. Herr Heldt und die Seinen sind zwar schon seit den letzten Wochen gegenüber der Linken etwas höflicher aufgetreten,

aber zu einem offiziellen Verhandlungsangebot hat man sich jetzt noch nicht bereiteden können.

Bei den Deutschnationalen herrscht eine ausgesprochene Katzenjammerstimmung. Denn gerade ihrer katastrophalen Wahlniederlage ist es zuzuschreiben, dass jede Hoffnung auf eine reaktionäre Regierungsmehrheit geschwunden ist. Aber es ist nicht gerade ritterlich gehandelt, wenn jetzt die Deutschnationalen der Bayerischen Volkspartei den versteckten Vorwurf machen, dass sie angeblich die Sozialdemokratie „umwerbe“. Jahrelang haben die Deutschnationalen ihre Beziehungen zur Bayerischen Volkspartei dazu ausgenutzt, Bayern zum Hort der schwarz-weissen Diktaturschwärmerei zu machen. Und jetzt, wo die Bayerische Volkspartei unter den Folgen dieser Misswirtschaft in eine ernste Krise hineingeraten ist, versucht man auf deutschnationaler Seite über die angebliche „Kapitulation vor den Marxisten“ zu spotten. Die Bayerische Volkspartei mag daran sehen, wie es um die Freundschaft der schwarz-weissen-rotten Demagogen bestellt ist.

La Fontaine darauf hin, dass Massnahmen zum Schutz von Leben und Eigentum derjenigen Fremden, die auf dem Gebiete eines Landes wohnen, das von einem Bürgerkrieg heimgesucht wird, nur vom Völkerbund ausgehen dürfen. Dieser allein soll das Recht der Intervention haben, so dass einseitige Massnahmen, wie sie z. B. Amerika in Nikaragua oder Japan in China vorgenommen haben, in Zukunft nicht mehr in Betracht kommen dürfen. Auch diese Vorschläge wurden vom Kongress einstimmig angenommen.

(Zu sehr eingehenden Diskussionen kam es im Zusammenhang mit der Kriegschlichtungsfrage. Ueber den Kellogg-Pakt gingen die Ansichten der Pazifisten sehr auseinander. Während die englischen und amerikanischen Pazifisten geneigt waren, einen solchen Pakt als welt-historisches Ereignis anzusehen, war die Mehrzahl der anderen Pazifisten viel skeptischer. Auch deutscherseits wurde stark auf die Lücken des Paktes hingewiesen. Aus der angenommenen Resolution, welche die Mächte auf-fordern, den amerikanischen Entwurf zunächst einmal zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sei besonders der Schlussatz hervorgehoben, in dem es heisst: „Nicht dem einzelnen Staate, sondern lediglich der überstaatlichen Rechtsorganisation darf fortan das Recht zustehen, die Lebensinteressen der Völker zu schützen.“

Ueber die Frage der allgemeinen Abrüstung berichtete der frühere französische Deputierte Le Foyer. In der Debatte wurde von der Mehrzahl der Anwesenden, insbesondere von Frau Dr. Helene Stöcker, eine Abrüstung im Sinne der russischen Vorschläge und die Einberufung

der Vorbereitenden Abrüstungskommission für Ende 1926 gefordert. Grossen Beifall fand ein politisches Referat von Lehmann-Russbüldt über die schweren Gefahren der privaten Rüstungsindustrie. Der Kongress forderte eine umfassende Statistik über Produktion und Handel von Kriegsmaterial.

Die Frage der Dienstverweigerung wurde diesmal nur nebenher erörtert, obwohl ein Antrag des Deutschen Friedenskartells über die Behandlung von Dienstverweigerern und ein anderer Antrag über das Recht und die Pflicht zur Dienstverweigerung bei einem völkerrechtlich verbotenen Kriege vorlagen. Ein mit knapper Mehrheit gefasster Beschluss des Kongresses wollte erneut Beschlüsse über dieses Problem vermeiden.

Das Problem der Erziehung wurde vor allem in einer grossen Rede des früheren französischen Ministers Buisson über die internationale Zusammenarbeit der Lehrer angeschnitten. Weiterhin wurde es auf polnische Initiative als die absolute moralische Pflicht eines jeden zivilisierten Volkes erklärt, durch die Bewilligung eines Kredits die Propaganda zugunsten des Friedens in stärkstem Masse zu unterstützen. Das ist ein bedeutsamer Beschluss angesichts der Tatsache, dass heute die Völkerbundigen fast aller Länder in starken Beziehungen zu ihren Regierungen stehen und daher die Friedensgesellschaften eine besonders wichtige Aufgabe im Dienste der Aufklärung der öffentlichen Meinung zu erfüllen haben.

Der Kongress hat, wenn er auch in einigen Fragen eine zu grosse Zurückhaltung gezeigt hat, sicherlich sehr wertvolle Anregungen für die Verständigung.

Washington zufrieden

Genugtuung über das Einlaufen der Pakt-Zusagen — England antwortet wahrscheinlich morgen

WASHINGTON, 18. Juli.

Im amerikanischen Staatsdepartement herrscht grosse Befriedigung darüber, dass, nachdem die Berliner Regierung in der letzten Woche das Eis brach und Kelloggs Kriegssicherheitspakt vollinhaltlich zustimmte, nun Frankreich und Italien sofort in gleichem Sinne antworteten. Natürlich ist man über Briands Zustimmung besonders erfreut, da man trotz aller Zuversicht doch nicht hundertprozentig sicher war. Die Genugtuung drückt sich in dem Telegramm Ceciloides an Doumergue aus, in dem der Präsident seinen Glückwunsch zum Nationalfeiertag benutzte, um Frankreichs Bereitschaft zur Mitarbeit an der Befriedigung der Welt zu preisen.

Der englische Außenminister Chamberlain teilte im Unterhause mit, dass die britische Antwort auf Kelloggs Vorschläge während des Wochenendes von den Kabinettsmitgliedern geprüft und gebilligt worden sei. Sie liege nun den Dominions und der indischen Regierung vor. Er hoffe, bereits am Mittwoch Englands Antwort dem amerikanischen Geschäftsträger überreichen zu können.

Joynson Hicks macht Aussenpolitik

Er mahnt Amerika zur Abrüstung

Der englische Innenminister Joynson Hicks, der sonst durch seine reaktionäre Einstellung bekannt ist, hat sich diesmal eine aussenpolitische Extratour geleistet. In einer Rede in Evesham hat er über den Kellogg-Pakt gesprochen und gesagt, die britische Regierung habe die amerikanischen Vorschläge mit besonderer Sorgfalt geprüft, und wenn ihre Antwort fertig sein werde, könne man sich davon überzeugen, dass England die Idee der Aechtung des Krieges nicht weniger enthusiastisch begrüße als Frankreich und Deutschland. Es sei aber sinnlos, einen Pakt mit der Feder zu unterzeichnen, wenn man ihn nicht auch mit dem Herzen unterzeichnen könne.

Der französische Gesandte verlässt Wien während der Dauer des Sängerbundfestes

WIEN, 18. Juli.

Wie verlautet, wird der französische Gesandte in Wien, Graf Clauzel, für die Dauer des Sängerbundfestes Wien verlassen. Er erklärte hier, das sei kein unfreundlicher Akt gegenüber Wien und Oesterreich. Aber das Sängerbundfest diene auch der Propaganda für den Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich, und man sei deshalb in Paris der Ansicht, dass es besser sei, wenn er während des Sängerbundfestes nicht in Wien weile.

Das Pilsudski-Pferd im Museum. Das polnische Nationalmuseum in Warschau ist durch ein neues Stück bereichert worden. Das Pferd Pilsudskis, Kaschanka, auf dem der Marschall im Jahre 1914 in den Krieg gezogen ist und das mit seinem Herrn den ganzen Weltkrieg und den russisch-polnischen Krieg durchmachte, starb vor einiger Zeit. Das Pferd wurde ausgetropft und steht heute in einem besonderen Glaskabank im polnischen Nationalmuseum.

Die kleine Dänin

Von
Stefan Szekoly

Jetzt, meine Damen und Herren, will ich von jener wahren Liebe reden, der man nur einmal im ganzen Leben begegnet, von jener Liebe, deren Wirkung der der ersten Ohrfeige ähnelt: man bekommt nicht später noch genug davon, aber keine tut so weh wie die erste.

Dieser Liebe — zwischen mir und der kleinen Dänin — danke ich in ganzer Einseitigkeit. Die Geschichte begann damit, dass ich in Berlin ankam.

Auf solchen Reisen trifft man natürlich seine Freunde. Nicht alle auf einmal, sondern nur so allmählich. Nach und nach. Bei solcher Gelegenheit pflegt man über gar vielerlei zu plaudern. Zum Beispiel über die Frauen.

Und so sagt der eine Freund:

„Weisst du, hier ist eine famosse Frau, Dänin. Direkt wie für dich geschaffen. Als ich sie sah, habe ich gleich an dich gedacht. Direkt dein Fall. Du wirst staunen!“

„Schön“, sage ich, „steh' mich doch mal vor.“

Und ich gähne und entschuldige mich, denn ich bin sehr müde und schläfrig, dieser lange Weg, und die Hitze . . . „Sei nicht böse . . . ich will heute früh schlafen gehen. Wo sehen wir uns morgen?“

Und ich gehe, lege mich hin, stehe auf, lege mich hin — und nach drei Tagen treffe ich wieder meinen Freund.

„Servus“, sagt er, „wo steckst du denn seit drei Tagen, man sieht dich gar nicht mehr. Und ich habe doch eine famosse Frau für dich, Dänin. Oder habe ich dir schon erzählt? Wie? Na, ich werde dich doch mal vorstellen.“

Zwei Wochen vergehen. Ich treffe einen anderen Freund.

„Nanu?“ sagt er, „du bist auch hier? Alle Leute sind hier in Berlin, hähähä, wirklich alle. Na, wie geht's, was machst du? Ach ja, hier ist eine famosse Frau, direkt für dich geschaffen, ich sagte gleich, als ich sie zu sehen bekam.“

„Wie bitte?“ frage ich.

„Ja“, sagte er, „eine kleine Dänin, ich werde dich mal vorstellen.“

Ei, ei. Die Sache fängt an, mich zu interessieren. Es muss

Ebensol es unmöglich, riesige Armeen und Flotten weiter zu unterhalten und dabei zu behaupten, man denke an keinen Krieg.

Der Minister betonte, dass man natürlich genügend Streitkräfte für internationale Polizeizwecke beibehalten müsse. Er wiederholte sodann die von englischer Seite immer wieder aufgestellte Behauptung, dass kein Volk der Welt nach dem Kriege so wirksam seine Rüstungen eingeschränkt habe, wie England. Die Aufgabe der britischen Flotte sei vielleicht grösser als die jeder anderen Flotte; trotzdem sei England bereit, seine Flotte noch weiter abzubauen. „Wenn nun am Vorabend der Unterzeichnung dieses grossen und wichtigen Paktes die Nationen der Welt nicht bereit sind, dem Beispiel Englands zu folgen und die Aufrichtigkeit dieses Wunsches, weiter abzurüsten, auch beweisen wollen, wird dieser Pakt nicht mehr als ein hohler Schwindel sein. An die grossen Vereinigten Staaten richten wir in dem Augenblick, da wir im Begriff sind, mit den anderen Nationen Europas unsere Unterschrift unter diesen Vertrag zu setzen, die Worte:

Wir unterzeichnen den Pakt auf euren Wunsch, einen Pakt, der jeden Krieg ausschliesst, und doch müssen wir wahrnehmen, dass ihr eure Flotte vergrössert.“

Joynson Hicks äusserte, England sei dann berechtigt, den Vereinigten Staaten und der übrigen ganzen Welt zuzurufen, dass Taten stärker sprächen als Worte.

Das liberale Blatt „Daily Chronicle“ nennt diese Rede herausfordernd und meint, dass, wenn das Kabinett sie nicht eilig von sich abschütteln, sie dazu beitragen könne, das Werk des Vertrages zunichte zu machen. Weiter heisst es in dem genannten Blatt: „Ausserdem sollten Leute, die in Glashütten wohnen, nicht mit Steinen werfen. Wir geben für Rüstungen zweimal soviel aus wie Frankreich oder Italien, fast dreimal soviel wie Japan und gut dreimal soviel wie Deutschland.“

Wenn die britische Regierung solche riesige Summen für Rüstungen ausgibt, welche Kühnheit, welche ungläubliche Torheit, dass ein Innenminister es wagt, in dieser Form an Amerika zu appellieren!“

Auch die „Daily News and Westminster Gazette“ weisen Hicks Äusserungen zurück; sie seien nur dazu angetan, in Amerika Aergern zu erzeugen.

Politischer Mord in Chinesisch-Turkestan

Schnelljustiz an den Schuldigen

SCHANGHAI, 18. Juli. (Router.)

Die südchinesische Regierung hat die Nachricht erhalten, dass Jangtsenghsin, Militärgouverneur von Chinesisch-Turkestan, bei einer Preisverteilung in der russischen Schule in Urumtschi durch Schüsse, die aus der Eskorte des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten abgegeben wurden, getötet worden ist. Die Mörder sind verhaftet worden. Die chinesische Bevölkerung ist über die Nachricht sehr erregt. Man befürchtet in Chinesisch-Turkestan, wo der Einfluss der Sowjets sehr verbreitet ist, neue Unruhen.

In Zusammenhang mit der Ermordung Jangtsenghsins sind der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten und zwanzig Mann seiner Eskorte, aus der die tödlichen Schüsse gefallen waren, auf Befehl des Zivilgouverneurs hingerichtet worden.

Die Zahl der Reichsdeutschen in Litauen. Nach den letzten statistischen Erhebungen sind in Litauen 15 618 Ausländer anwesig, darunter 5008 Staatslose, ihrer Mehrzahl nach ehemalige russische Staatsangehörige, und 2892 Reichsdeutsche.

doch wohl etwas an der Sache sein, wenn es mir schon der Zweite sagt.

Dann vergesse ich es wieder.

Nach ein paar Wochen speise ich einmal mit meinem Freund Nummero eins.

„Na“, esse ich zu ihm, „was ist es denn mit dieser Dänin?“

„Tja“, sagt er, „ich werde dich mal vorstellen.“

Dabei bleibt es. Wir zahlen und gehen.

Dann eines Abends, auf einer Kaffeeterrasse, als wir die Damen mustern, fällt mir wieder die Dänin ein.

„Na“, sage ich, „wann willst du mich eigentlich vorstellen?“

„Wen?“

„Na, der Dänin.“

„Tja“, sagte er, „ich werde dich mal vorstellen. Komme Freitag zu mir. Ich mache ein Atelierfest. Sie kommt auch hin.“

Freitag kann ich nicht zu dem Atelierfest gehen. Auch Mittwoch nicht in die Konditorei, wo ich sie wieder hätte treffen können.

Aber nun lässt mir die Sache keine Ruhe mehr. Sonderbar, dass ich mit ihr nicht bekannt werden kann. Mit der Frau, die für mich geschaffen ist.

Noch ein vergeblicher Versuch und eine schlaflose Nacht. Dann ein nervöser Tag. Ich kann nicht arbeiten. Den ganzen Tag jage ich meinem Freunde nach. In der Nacht wecke ich ihn.

„Du“, sage ich, „so geht das nicht weiter. Du musst mich sofort vorstellen!“

„Wie bitte?“ stammelt er und gähnt heftig.

„Du musst mich sofort vorstellen!“

„Wen denn, um Gottes willen?“

„Der Dänin.“

„Bist du verrückt?! Jetzt mitten in der Nacht? Komme morgen vormittag herauf. Ich werde mit dir zu ihr hingehen.“

Ich schlafe erst gegen Morgen ein und erwache nachmittags. Meinen Freund kann ich nirgends finden. Und auf der Strasse halte ich jede Frau für eine Dänin. Das kann kein Mensch aushalten. Ich verreise. Nach drei Tagen komme ich zurück.

Jetzt muss ich aber Ordnung machen. Ich stecke meinen Revolver ein und stürze zu meinem Freund. Wenn er nicht sofort mit mir zu der Dänin geht, dann . . .

Ich lasse das Auto warten. Die Treppe hinauf. Ich klingele. Eine halbe Minute später weisst ich, dass mein Freund gestern plötzlich nach Paris gefahren ist.

Amnestie-Krawall am Schlesischen Bahnhof

Zu einem schweren Zusammenstoss zwischen Polizeibeamten und Anhängern des Roten Frontkämpferbundes kam es gestern Abend auf dem freien Platz vor dem Schlesischen Bahnhof.

Die schafften sich über 3000 Kommunisten angesammelt, die auf die Ankunft des aus dem Sonnenburger Zuchthaus entlassenen Polizeigenossen, vor allem aber auf die Rückkehr von Max Hölz warteten. Als nach vergeblichem Warten bekannt wurde, dass die entlassenen Strafgefangenen erst am nächsten Tage in Berlin eintreffen werden,

wurden laute Verwünschungen ausgestossen und mehrere Schutzpolizisten von der Menge angegriffen.

Es wurde mit Flaschen und Steinen geworfen, wobei acht Polizeibeamte im Gesicht verletzt wurden. Nacheinander wurde von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht und die Anwesenden zur Räumung des Platzes aufgefordert. Als immer wieder erneute Angriffe erfolgten und die Menge den Platz nicht sänberren wollte, wurde zur Schusswaffe gegriffen, um Schreckschüsse abzugeben. Über hundert Schüsse sind gefallen, wobei allerdings mehrere Personen durch scharfe Schüsse Verletzungen davontrugen. Als der Platz gesäubert war, waren sechs Verletzte, die nach der Rettungswache gebracht werden mussten. Zwei von ihnen hatten schwere Schussverletzungen davongetragen und mussten nach Anlegung von Notverbanden nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt werden. Insgesamt sind zwölf Zwangsgestellungen vorgenommen worden.

Die auf Befreiung warten . . .

Im Zuchthaus Sonnenburg ist der Hungerstreik vollständig beendet.

Am Sonntag haben sich die Gefangenen des Ostflügels, in dem auch die politischen Gefangenen untergebracht sind, sehr unruhig verhalten. Die politischen Gefangenen haben wiederholt Ansprachen und Reden zum Fenster heraus gehalten, und die sämtlichen Gefangenen des Ostflügels haben stundenlang in regelmäßigen Zwischenräumen im Chor „Revolution, Revolution“ gerufen.

Inzwischen ist ein Teil der Belegschaft des Zuchthaus von Brandenburg in den Hungerstreik eingetreten. Es streiken bei einer Belegschaft von 451 Mann 201 Gefangene, um zu erreichen, dass die Amnestie auch auf die nichtpolitischen Gefangenen ausgedehnt werde. Die auf den Ausserwerken Plauer Hof und Krielow und beim Zuchthausneubau beschäftigten Gefangenen sind in den Streik nicht eingetreten.

Schnelldienst

Ein Bakarester Meldung zufolge hat der spanische Gesandte in Berlin, Comesaña, Auftrag erhalten, die Besprechungen in Berlin zur Regelung der strittigen Fragen zwischen Spanien und Deutschland wieder aufzunehmen.

Die Nachrichten über eine bevorstehende Bestätigung der früheren zwischen Rumänien und Deutschland getroffenen Übereinkommen sind im Bankverkehr worden bezichtigt.

Der polnische Ministerpräsident Bartel begibt sich demnächst zu seinem vierwöchigen Erholungsurlaub nach Frankreich.

Am Platonsee in Ungarn stieg die Temperatur bis 55 Grad Celsius, so dass viele von den üblichen Ertränkungen vermieden.

Gestern vormittag empfing Bundeskanzler Dr. Brüning die deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld vom Bundespräsidenten Dr. Heinesse empfangen.

Der polnische Ministerpräsident Bartel begibt sich demnächst zu seinem vierwöchigen Erholungsurlaub nach Frankreich.

Tagelang gehe ich herum wie ein Wahnsinniger. Dann fällt mir plötzlich mein Freund Nummero zwei ein. Schnell zu ihm. Auto, Revolver. Ich treffe ihn zu Hause an.

„Du musst sofort mit mir zu ihr gehen. Mein Auto wartet unten.“

„Zu wem?“

„Zu ihr.“

„Wer ist ihr?“

„Na, die Dänin.“

„Die Dänin?“

„Welche Dänin?! . . . Na, diese famosse, kleine Dänin, die direkt zu mir passt und von der du es gleich gesagt hast, als du sie zu sehen bekamst . . .“ Und ich greife nach dem Revolver in meiner Tasche.

Mein Freund bebt. Mein Freund stammelt.

„Ach . . . weisst du . . . sie . . . ich weiss gar nicht, wie sie heisst, wo sie wohnt . . . äh . . . ich habe sie nur einmal . . . ein Freund von mir hat sie mir gezeigt und sagte, dass sie zu dir passt . . . Sei nicht böse, aber ich habe sie seither gar nicht gesehen.“

Schluss. Aus.

Er ist zu Ende.

Ich will nur noch sagen, dass ich meinen Freund Nummero eins seither auch nicht gesehen habe. Ich habe gehört, er jagt irgendwo in Afrika Elefanten.

Ja, aber noch etwas. Eine Weile suchte ich noch die Dänin. Dann reiste ich fort. Nach Dänemark. Und ich lernte eine Menge Däninnen kennen. Auch schöne. In ein paar war ich auch verliebt. Gar oft stand ich schon vor dem entscheidenden Schritt . . .

Aber es kann nicht dauern. Vielleicht finde ich doch noch einmal jene Dänin, die direkt für mich geschaffen ist . . .

Völkerveränderung wie über fünfzehnhundert Jahren. Von Angola bewegt sich nach Südafrika ein Zug, der an die Wanderungen unserer Vorfahren erinnert: 340 holländische Familien mit etwa 800 Köpfen machen einen „trek“ in einer unübersehbaren Karawane von Ochsenwagen. Zu ihrer Reise nach dem neuen Ziel, wo ihnen von der Verwaltung für jede Familie 8000 Hektar Land zugesagt sind, werden sie schätzungsweise dreizehn Monate benötigen. Die Regierung hat zur Deckung der Kosten der Wanderung eine Summe von 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Reformbedürftige Justiz

Notwendige Wege der Vereinheitlichung und Vereinfachung

Von einem Richter wird uns geschrieben:

Die Organisation und der Instanzengang unserer deutschen Gerichte ist in hohem Masse unübersichtlich, umständlich und für unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu reichlich, ja geradezu verschwenderisch ausgestattet. Ubereinander geschichtet hängen sich auf: 1750 verschiedene Amtsgerichte — davon 1003 allein in Preussen —, 160 Landgerichte — davon 85 in Preussen —, 28 Oberlandesgerichte — davon 13 in Preussen, zu denen demnächst noch ein 14. in Beuthen für die Provinz Oberschlesien hintritt — und das Reichsgericht in Leipzig. Daß der Heer der deutschen Berufsrichter beträgt zurzeit nicht weniger als rund 8500!

Die Organisation und der Aufbau dieser fast zahllosen deutschen Gerichte ist derart kompliziert, dass man auf ihn nicht näher eingehen kann. Nur soviel sei gesagt, dass wir in den sogenannten „bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten“, das heisst für die Zivilprozesse um Mein und Dein zwei in ihrem Aufbau durchaus verschiedene Erster Instanz besitzen:

die Amtsgerichte, die mit einer Zuständigkeit bis zu 500 Reichsmark durch einen Einzelrichter die Zivilprozesse entscheiden, ohne dass für sie Anwaltszwang bestände,

ferner die Landgerichte, die in Zivilkammern mit drei gelehrten Richtern die Zivilprozesse, die nur unter Zuhilfenahme eines bei ihnen zugelassenen Rechtsanwalts — Anwaltszwang — anhängig

gemacht werden können, entscheiden. An die Oberlandesgerichte gelangen nur die Berufungen gegen die erstinstanzlichen Urteile der Landgerichte und an das Reichsgericht nur die Revisionen gegen die Zivilurteile der Oberlandesgerichte, und gegen die Berufungsurteile der Strafakammern bei den Landgerichten. Abgesehen von dem einen Reichsgericht in Leipzig sind alle Gerichte im Deutschen Reich Gerichte der einzelnen, zurzeit achtzehn, deutschen Länder und nicht etwa des Reiches.

Dieser Zustand ist nicht nur im höchsten Masse verwickelt, sondern auch kostspielig. Er stammt noch aus dem Zeitalter des Gänsefederkleins und der Postkutsche, zur Zeit des Erlasses des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877, das ziemlich unverändert über ein halbes Jahrhundert in Kraft geblieben ist, waren die Eisenbahnverhältnisse, mit dem heutigen Zustand verglichen, zurückgeblieben. Heute dagegen, im Zeitalter des Kraftwagens, des Motorrades, des Vorortverkehrs, des Flugzeuges und des Fernsprechers, sind die räumlichen Entfernungen für die Bevölkerung auf ein Mindestmass zusammengeschrampt, die Bezirke der unteren lokalen Behörden, insbesondere Amtsgerichte, können und müssen dementsprechend viel weiter ausgedehnt und in notwendiger Konsequenz hiervon zahlreiche kleine und kleinste Amtsgerichte in Deutschland und insbesondere in Preussen zusammengelöst werden.

Sparansicht ist — oder sollte es wenigstens sein — das oberste Gebot der Stunde.

Auf fast sämtlichen Gebieten der Reichs- und Staatsverwaltung ist eine Vereinfachung und Zusammenlegung der Behörden erfolgt, viele Tausende von Berufsbeamten sind „abgebaut“; lediglich in der Justiz ist von derartigen Vereinfachungsmassnahmen so gut wie nicht das Mindeste zu verspüren, der ganze unformige und aufgeblähte Behörden- und Beamtenapparat der Vorkriegszeit ist im wesentlichen unverändert geblieben, es werden in ganz Preussen kein halbes Hundert Berufsrichter aller Instanzen sein, deren Stellen in den letzten Jahren allmählich eingezeichnet worden sind. Besonders verschwenderisch mit Amtsgerichten sind die drei Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Dieses mit seinen zwei Oberlandesgerichten Kassel (für Hessen) und Frankfurt a. M. (für Nassau) bedacht, nicht weniger als 108, 60 und 119, davon 73 auf den einen kleinen Regierungsbezirk Kassel, zählen wir hier. Das ist Luxus ohne Gleichen, wie ihn die Volkswirtschaften im Interesse der Steuerzahler nicht mehr länger dulden sollten! Die wenigsten der bei diesen Zwerggerichten angestellten Richter sind überhaupt voll beschäftigt, der Verfasser dieser Zeilen kennt zahlreiche derartiger Gerichte in allen diesen drei Provinzen, an denen ein auch nur durchschnittlich befähigter und fleissiger Einzelrichter die gesamte Arbeitslast in täglich einer Stunde bewältigt, neben ihrem eigenen Amtsgerichte könnten sie daher sehr gut, ohne sich zu überanstrengen, noch drei weitere Amtsgerichte versehen.

Hoovers Aussichten nicht zweifelsfrei

Der tüchtige demokratische Wahlmacher erregt Befürchtungen — Die Neger für Al Smith

WASHINGTON, 16. Juli.

Der demokratische Wahlmanager Raskob, der früher wegen seiner Zugehörigkeit zu dem republikanisch eingestellten und einflussreichen Union-League-Klub von Philadelphia als Republikaner galt, erklärte heute, aus dem Klub austreten zu wollen.

In republikanischen Kreisen New-Yorks und Pennsylvaniens erblickt man in der Ernennung Raskobs zum Wahlmanager eine ernste Bedrohung der Aussichten der Republikanischen Partei.

da Raskob als Finanzmann und Industrieller überall hoch geschätzt wird. Die Steuben-Gesellschaft erliess eine Erklärung, dass sie sich bisher weder für Hoover, noch für Smith entschieden habe. Alle Meldungen, die davon wissen wollten, die Deutsch-amerikaner würden vereint für Hoover stimmen, seien daher verfrüht.

Bemerkenswert ist eine Meldung aus Ohio, dass die Neger dieses Staates, die sonst wegen ihrer Bedrückung durch den demokratischen Süden stramme Republikaner waren, sich jetzt entlassen haben, für Smith zu stimmen. Sie glauben ihre Interessen besser gewahrt zu sehen, wenn sie mit den Katholiken und Juden der Oststaaten gegen den negerfeindlichen Kulluklan vorgehen.

Alkohol ist Privatsache

NEW-YORK, 16. Juli.

Der neugewählte Vorsitzende des Demokratischen Nationalausschusses, Raskob, der die Wahlkampagne des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Smith leitete, sandte ein Rundschreiben an die demokratischen Parteiführer, in dem er sich über die Frage des Alkoholverbotes ausspricht. Es heisst in dem Schreiben, dass sich die sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten dem Zustand der Dekadenz näherten und ein Eingreifen dringend geboten sei. Raskob schlägt eine staatliche Kontrolle des Verkaufs, des Versands und des Konsums berausender Getränke vor, die zwar die Wiedereinführung der „saloons“ ausschliesst,

aber jedem Privatmann gestattet, bei sich zu Hause alkoholische Getränke zu geniessen.

Der Brief schliesst mit den Worten: Es liegt im Interesse aller vernünftigen Leute, auf eine Abänderung des Prohibitionsgesetzes in seiner jetzigen Form hinzuwirken, damit wir die Achtung vor uns selbst, vor dem Gesetz und vor der Verfassung wieder gewinnen.

Die fähigsten Männer

Das Reichskabinet in englischen Urteil

LONDON, 16. Juli. (W.T.B.)

Ein Sonderkorrespondent des „Daily Express“ führt in einem Artikel aus Berlin den Ausspruch eines der grössten gegenwärtigen Historiker an, wonach das jetzige deutsche Kabinet „die fähigste Gruppe von Männern ist, die Deutschland seit der Revolution an seiner Spitze gesehen hat.“ Der Sonderkorrespondent führt weiter aus: Die zehn neuen Minister sind zehn führende Persönlichkeiten in der deutschen Politik.

Sie sind ein Kabinet von Selfmade-Männern. Alle sind in ihre augenblicklichen Stellungen emporgestiegen durch eigene Energie, eigenen Fleiss und Charakterstärke.

Die Hauptpersönlichkeit in diesem Kabinet ist jedoch Stresemann a. n. n. Stresemann, als Pilot, ist geblieben. Kein deutscher Staatsmann seit Bismarck hat grösseres Vertrauen beim deutschen Volke genossen als Stresemann. Der Korrespondent nennt Stresemann den gewiegtesten der Diplomaten Europas.

Eine neue Pyrenäenstrecke

Von Frankreich nach Spanien

PARIS, 16. Juli.

Die Eröffnung der neuen Eisenbahnstrecke, die von Frankreich nach Spanien zum ersten Male durchquert, wird übernommen unter besonders feierlichen Umständen begangen. Der Präsident Doumergue, in dessen Begleitung sich drei Minister, der Aussenminister Briand, der stellvertretende Ministerpräsident Barthou und der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, sowie der Pariser spanische Botschafter befinden, wird bei seiner Ankunft in den neuen Grenzbahnhof Canfranc von dem spanischen König Alfons XIII. empfangen werden. Zwei Wagenladungen von Blumen aus Valencia sind zur Ausschmückung des Bahnhofes entworfen.

Die neue Linie, die von Bedous in Frankreich nach Jaca in Spanien führt, wird die französischen Pyrenäen Pau direkt mit Aragosa verbinden.

Monarchistenhoffnungen in Polen

WARSAU, 16. Juli. (Ost-Express.)

Der Generat der polnischen monarchistischen Partei hat beschlossen, demnächst einen Allpolnischen Monarchistenkongress nach Warschau einzuberufen. Die polnischen Monarchisten haben die Angriffe Pilsudskis gegen den Sejm mit grosser Befriedigung aufgenommen. In ihren Kreisen sind die Hoffnungen auf eine Abschaffung der republikanischen Staatsform erneut verstärkt worden.

Riesenbrand in einer amerikanischen Stadt.

Ein Warenhaus niedergebrannt

HELENA (Montana), 16. Juli.

Eine riesige Feuersbrunst zerstörte heute einen ganzen Häuserkomplex im Herzen des Geschäftsviertel, darunter das grösste Warenhaus der Stadt, 2 grosse Baugebäude und etwa 20 kleinere Geschäftshäuser. Der Brandchaden wird auf weit über eine Million Dollar geschätzt.

Der unpolitische Posadowsky-Verein. Im Reichstag wurde der Abgeordnete Graf Posadowsky, der der Führer einer Gruppe von Völkischen, Welten, Aufwärtlern und Christlich-nationalen Bauernbündlern ist, von einem Kollegen gefragt, wie denn dieses eigenartige Fraktionsgemisch eigentlich arbeiten könne. Darauf hat, so wird berichtet, der Graf geantwortet: „Ach, wir verstehen uns ganz gut. Politik machen wir ja nicht.“ Diese Antwort würde allerdings ganz der Vorstellung entsprechen, die wir uns von der Tätigkeit dieser reaktionären Splitterpartei gemacht haben.

Festigung der Gewerkschaften

Das Wachstum der freien Gewerkschaften

Das Jahr 1927 ist ein Jahr des Aufstiegs für die Gewerkschaftsbewegung gewesen. Das geht ganz deutlich aus der Mitgliederstärke der freien Gewerkschaften hervor. Die stärkste Organisation ist der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Mitgliederzahl bereits weit über 800 000 beträgt. Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl geht Hand in Hand eine finanzielle Erstarbung. In Einnahmen und Ausgaben schliesst die Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit 37 Millionen ab. Die anderen grösseren Verbände der freien Gewerkschaften zeigen ebenfalls ganz respektable Mitgliederzahlen. Der Fabrikarbeiterverband zählt jetzt über 425 000 Mitglieder, der Verkehrsbund 365 000, der Einheitsverband der Eisenbahner über 235 000, der Bergarbeiterverband an 200 000, der Holzarbeiterverband 295 000 Mitglieder. Merkwürdig ist dagegen, dass die Organisationen der freigewerkschaftlichen Angestellten keine erheblichen Fortschritte gemacht haben und sich gegenüber den anderen Angestelltenorganisationen im Hintertreffen befinden.

Im übrigen ist interessant, dass nach einer Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in 34 Ländern 1925 etwa 36,6 Millionen betragen hat. Darunter steht Deutschland an zweiter Stelle, Russland mit ziemlich 8 Millionen an erster Stelle. Als dritte folgt England mit etwa 5½ Millionen Arbeitnehmern.

Die soziale Not der weiblichen Angestellten

Unter dem Titel „Die soziale Not der weiblichen Angestellten“ erschien in der Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten im Sieben-Stäbe-Verlag eine Broschüre, die zwei kürzlich in einer öffentlichen Kundgebung gehaltenen Vorträge enthält. Dr. Marianne Weber, des grossen Gelehrten Max Webers Frau, behandelt besonders eindringlich, vom „Geistigen“ ausgehend, das Thema: „Die soziale Not der berufstätigen Frau“ und stellt dem von industrieller Seite geprägten Schlagwort „Qualitätsarbeit“ die Idee des Qualitätsmenschen gegenüber. Der zweite Beitrag, aus der Feder von Maria Hellersberger, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, beschäftigt sich mit der „sozialen Not der weiblichen Angestellten“. Wertvollen Aufschluss über die wirtschaftliche Lage der weiblichen Angestellten bietet das in der Broschüre zusammengestellte Zahlenmaterial.

Russische Wölfe. Im zentralrussischen Gouvernement Rjasan treten in letzter Zeit grosse Wölfenrudel auf, die erheblichen Schaden anrichten. Im Dorf Iwanowo wurden von Wölfen allein 30 Stück Hornvieh gebissen. Auch zahlreiche andere Dörfer sind von der Wölfplage schwer betroffen worden.

Annäherungs-Studienreise

Pariser Stadträte durch Deutschland

PARIS, 16. Juli.

Eine Gruppe von Mitgliedern des Pariser Stadtrats und städtische Beamte unter der Führung des Präsidenten des Pariser Stadtrats, Lemaire, begibt sich heute auf eine Studienreise nach Deutschland. Die erste Etappe dieser Reise wird Koblenz sein, wo die Pariser den Hafen und die Rheinschiffahrt studieren wollen. Die Reise führt dann über Köln, Dortmund, Düsseldorf, Essen und Hamburg nach Berlin und zuletzt nach München. In den verschiedenen Orten sollen vor allem die Wasseranlagen studiert werden.

Wir der „Paris soir“ mitteilt, soll das französische Aussenministerium Instruktionen an den Botschafter de Margerie und an den Münchener Geschäftsträger d'Ormesson und an die französischen Konsule in anderen Orten erteilt haben, wonach anlässlich des Besuchs der Pariser Stadträte Empfänge veranstaltet werden sollen, da diese Reise den Charakter einer Kundgebung für die deutsch-französische Annäherung sein soll.

Sowjetzwang scheidet an der Heugabel

Die Gegenwehr der Bauern

MOSKAU, 16. Juli. (Ost-Express.)

Die „Prawda“ lüftet den Schleier über die Beweggründe der neuen Bauernpolitik der Sowjetregierung. Bekanntlich beschloss das Plenum des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, das dieser Tage in Moskau getagt hat, die sofortige Aufhebung aller ausserordentlichen Massnahmen auf dem bäuerlichen Getreidemarkt. Die „Prawda“ erklärt, die Weiterführung der bisherigen Politik hätte unweigerlich ein negatives politisches Ergebnis gezeitigt. Dies um so mehr, als die Stimmung unter den ärmeren und mittleren Bauern in letzter Zeit von Tag zu Tag schlechter wurde. Die Unzufriedenheit über „die administrative Willkür“ auf dem Getreidemarkt sei im Wachsen begriffen. Bemerkenswert ist, dass in der Resolution des Zentralkomitees der kommunistischen Partei offen zugegeben wird,

dass die Bauern sich vielfach aktiv gegen die Repressivmassnahmen der Regierung gewehrt haben.

Dies alles hat die Gefahr eines „feindlichen Zusammenstosses“ zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft hervorgerufen. Die „Prawda“ erklärt zwar beruhigend, dass ein solcher Zusammenstoss „im Rahmen des proletarischen Staates undenkbar“ sei, gibt aber zu, dass eine falsche Politik diese Gefahr akut werden lassen könnte.

Verantwortl. Redakteur: für Politik, Feuilleton u. die Beilagen: Alfred Müller-Bopp; für Gross-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Hoppenheimer; für den Inlandteil: Bruno Scholz; sämtlich in Berlin. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin. — Heute: „Illustrierte Sport-Zeitung“

